

---

## Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten

Am 4. und 5. Dezember 1989 stürmten mutige Bürger etliche Bezirks- und Kreisämter des neu gegründeten Amts für Nationale Sicherheit. Vorausgegangen waren Gerüchte über die Vernichtung von Akten. Der Bericht, verfasst nur einen Tag nach den Ereignissen, vermittelt ein lebendiges Bild.

Mit der Wahl einer neuen Regierung durch die Volkskammer der DDR am 17. November 1989 wurde das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umgewandelt. Das Amt unterstand nun nicht mehr direkt der SED-Führung, sondern dem Ministerpräsidenten. Dem AfNS unterstellt waren die Bezirks- und Kreisämter, ehemals Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS.

Nur wenige Tage nach dieser Zäsur, am 4. und 5. Dezember 1989, verschafften sich mutige Bürger, angeführt von Mitgliedern der Bürgerbewegung, Zugang zu den Bezirks- und etlichen Kreisämtern in der gesamten DDR. Die Protagonisten forderten, die Aktenvernichtung zu unterbinden und die Archive der Stasi zu versiegeln. Sie wollten Einsicht in die Heizanlagen, in die Aschetonnen sowie in die Kofferräume der Pkws und Aktentaschen der Mitarbeiter der Geheimpolizei haben. Hintergrund waren Gerüchte über die Vernichtung von Unterlagen der Staatssicherheit, die sich bestätigten.

Der Bericht der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe vom 5. Dezember 1989, unmittelbar nach den Ereignissen verfasst, ist ein Versuch, die Situation zu überschauen. Die Übersicht ist nicht vollständig, vermittelt aber authentische Informationen und ein lebendiges Bild.

---

**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3815, Bl. 1-8

---

### Metadaten

Dienst Einheit: Zentrale Auswertungs- Datum: 5.12.1989  
und Informationsgruppe

## Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten

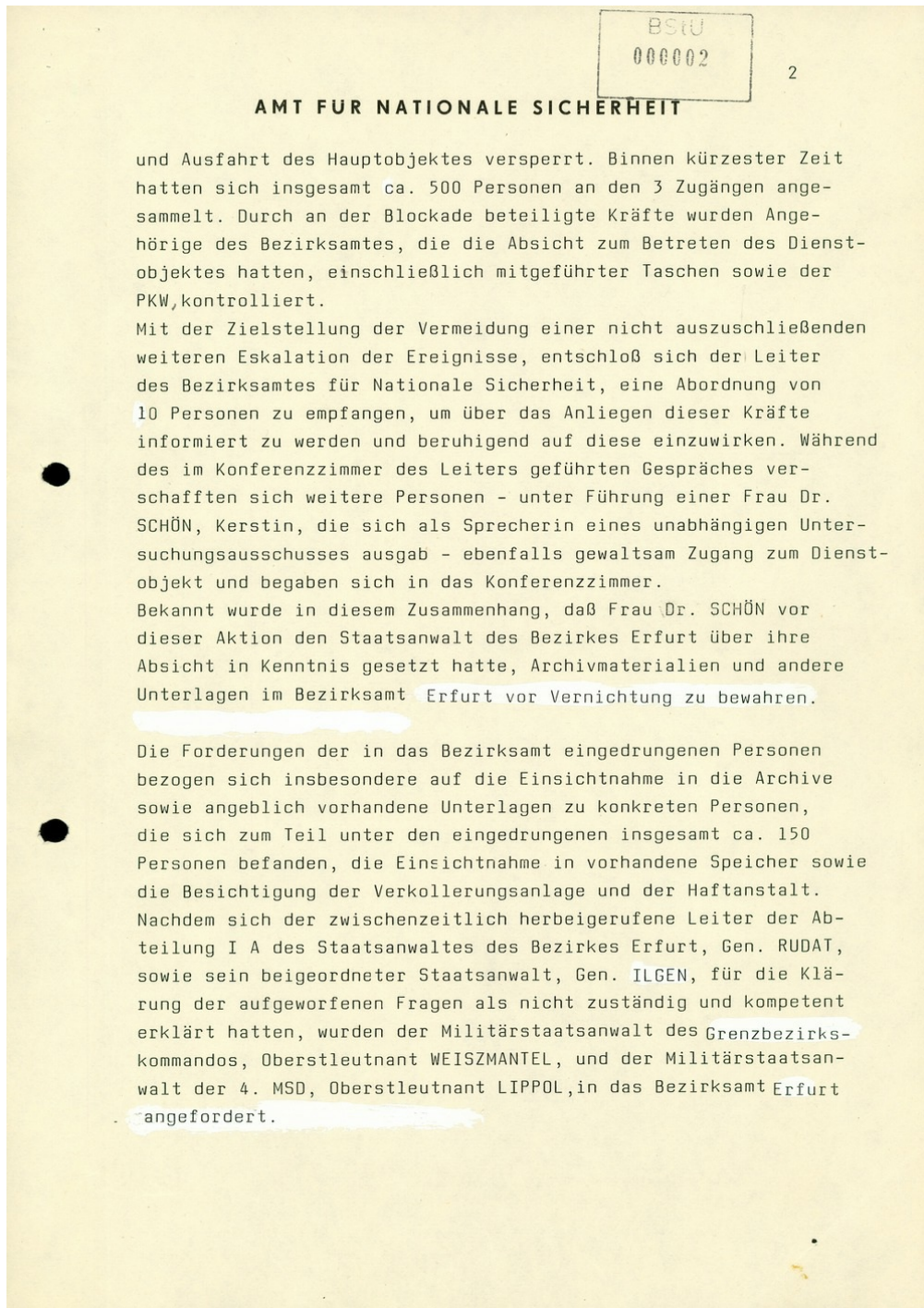
<b>AMT FÜR NATIONALE SICHERHEIT</b>		<div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;">BStU 000001</div>
<div style="display: flex; justify-content: space-between;"><div style="width: 30%;"><div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin-bottom: 10px;"><b>Streng geheim!</b> Um Rückgabe wird gebeten!</div><div>Nr. 519 / 89</div></div><div style="width: 40%;"><div style="display: flex; align-items: center;"><div style="margin-right: 10px;">1. Krc 2. Moder 3. Maleuda 4. Schw 5. M. H. g 6. Großm 7. Wei 8. Kra 9. Mölt 10. Bausch</div><div style="font-size: 2em; vertical-align: middle;">}</div><div style="vertical-align: middle;">verm. d. d. G. Schw. mind. inf. vern. 6.12.</div></div><div style="margin-top: 10px;">Böcher Laf. Gri PP</div></div><div style="width: 25%; text-align: right;"><div style="margin-bottom: 10px;">- 5. 12. 89</div><div>Berlin, .....</div><div style="margin-top: 10px;">8 Blatt</div><div>..... Exemplar</div></div></div>		

**INFORMATION**  
über

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3815, Bl. 1-8

Blatt 1

## Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten





## Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten

BStU 000003	3
----------------	---

**AMT FÜR NATIONALE SICHERHEIT**

Auf Grund der massiven Forderungen der eingedrungenen Personen wurde im Beisein der beiden Staatsanwälte sowie von Journalisten der "NEUEN ERFURTER ZEITUNG", "THÜRINGER NEUESTEN NACHRICHTEN" und der Zeitung "DAS VOLK" eine Objektbegehung realisiert, wobei u. a. die Datenendstelle, das Archiv und die Verkollerungsanlage besichtigt wurden.

Eine geforderte Abfragung gespeicherter Daten sowie eine Einsichtnahme in schriftliche Unterlagen konnten verhindert werden. Fragen zur konkreten Personalstärke sowie zu Details der Struktur wurden nicht beantwortet.

Während der Besichtigung wurden durch die anwesenden Journalisten Fotoaufnahmen gefertigt.

Erst nach längeren Diskussionen erklärten sich die eingedrungenen Personen damit einverstanden, daß die anwesenden Staatsanwälte die betreffenden Räume und die darin befindlichen Panzerschränke versiegeln und sie das Bezirksamt wieder verlassen.

Da von den eingedrungenen Kräften auch den Maßnahmen der Staatsanwälte großes Mißtrauen entgegengebracht wurde, bestanden sie darauf, an neuralgischen Punkten des Bezirksamtes sogenannte Bürgerwachen einzusetzen, so u. a. an den 3 Zugängen des Dienstobjektes, der Datenendstelle und dem Archiv.

Seitens des sogenannten unabhängigen Untersuchungsausschusses besteht die Absicht, am Dienstag, dem 5. Dezember 1989, 11.00 Uhr, ein erneutes Gespräch mit dem Leiter des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Erfurt zu führen.

Es wird vorgeschlagen, die für den heutigen Tag vereinbarte Zusammenkunft nur mit einem begrenzten Personenkreis von Vertretern des sogenannten unabhängigen Untersuchungsausschusses in Anwesenheit des Militärstaatsanwaltes durchzuführen.

Durch den gemeinsamen Einsatz von Angehörigen des Bezirksamtes Erfurt und geeigneten Kräften der Deutschen Volkspolizei vor dem Gebäude des Bezirksamtes sollte das Betreten des Objektes durch weitere Personen notfalls durch körperliche Einwirkung und polizeiliche Hilfsmittel (Schlagstock) verhindert werden.

## Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten

BSTU  
000004 4

**AMT FÜR NATIONALE SICHERHEIT**

- Seit ca. 17.30 Uhr befanden sich vor dem Dienstobjekt des Bezirksamtes Rostock ca. 170 Personen, durch welche die Zugänge und Zufahrten blockiert wurden. Vertreter des NEUEN FORUM, weiterer Bürgerbewegungen, Pfarrer, SDP-Mitglieder und Studenten forderten mit Nachdruck Einlaß, die Versiegelung des Objektes und die Bewachung durch die Deutsche Volkspolizei.

Seit 22.10 Uhr sprach der Leiter des Bezirksamtes [REDACTED] mit Vertretern des Untersuchungsausschusses (Landes-superintendent WIEBERING, Rechtsanwalt VORMELKER) im Beisein des Bezirksstaatsanwaltes, dessen Stellvertreters und des stellvertretenden Chefs der BDVP. Durch die Demonstranten wurden Studenten zum Ereignisort beordert, die sich zum Zwecke der "Bewachung" des Objektes bis ca. 7.00 Uhr abwechseln sollen.

Weitere diesbezügliche Aktivitäten waren im Bezirk Rostock zu verzeichnen in Bad Doberan und Greifswald, wo die Kreisämter in Anwesenheit des Kreisstaatsanwaltes, von Kräften der DVP und Vertretern des NEUEN FORUM versiegelt wurden sowie in Stralsund, wo in Anwesenheit des Kreisstaatsanwaltes ca. 150 Personen gewalt-sam in den Innenhof des Kreisamtes eingedrungen waren.

- Im Zusammenhang mit der Demonstration von Bürgerbewegungen in Leipzig verschafften sich ca. 50 Personen mit der Drohung, weitere Demonstranten herbeizuordern, Zutritt zum Bezirksamt Leipzig [REDACTED] und halten das Objekt an seinen neuralgischen Punkten besetzt.

Das Bezirksamt ist handlungsunfähig.



## Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten

BSU 000005	5
<b>AMT FÜR NATIONALE SICHERHEIT</b>	
<p>- Vor dem Kreisamt für Nationale Sicherheit Angermünde, Bezirk Frankfurt/Oder bildeten gegen 16.00 Uhr ca. 15 Personen - unter ihnen der Kreissekretär der CDU, Frau PÖTTER, das Ehepaar KEIL (Gemeindekirchenrat) sowie Frau AMENDE vom NEUEN FORUM - eine Menschenkette und forderten die Offenlegung der Tätigkeit, die Besichtigung der Diensträume sowie Rechenschaftslegung der Angehörigen des Kreisamtes vor der Bevölkerung, was durch den Leiter des Kreisamtes über die genannte Frau PÖTTER organisiert werden soll.</p> <p>Gegen 21.40 Uhr organisierte das Pfarrerehepaar [REDACTED] aus Greifenberg über das VPKA eine "Kontrolle" im Kreisamt, um sich davon zu überzeugen, ob Unterlagen verbrannt worden sind. Im Beisein eines Hauptmanns der DVP wurden der Kohlenkeller und Aschentonnen im Kreisamt besichtigt, wobei sich ihre Vermutungen nicht bestätigten. Forderungen zur Besichtigung des Archivs wurden abgelehnt, weswegen man sich am 5. Dezember 1989 erneut an den Leiter des Kreisamtes wenden wolle.</p> <p>- In Templin, Bezirk Neubrandenburg, forderten in den späten Abendstunden ca. 200 Personen durch ihren Sprecher, den Bezirksvorsitzenden der DBD, FINNER, die Versiegelung des Kreisamtes, [REDACTED] um ein Vernichten von "Beweisen" zu verhindern, sowie die Besichtigung der Verbrennungsanlage, wozu eine sogenannte unabhängige Kommission auf einer Kontrolle der Räumlichkeiten bestand.</p> <p>Durch den Leiter des Kreisamtes wurde 10 Personen die Besichtigung der Heizanlage gestattet. Massiv wurden Forderungen zur Auflösung des Kreisamtes erhoben.</p> <p>- In Saalfeld, Bezirk Gera, suchte gegen 22.45 Uhr eine Delegation aus Vertretern des NEUEN FORUM und des Demokratischen Aufbruchs in Begleitung des Leiters des VPKA, des Kreisstaatsanwaltes und des Vorsitzenden des Rates des Kreises sowie Angehörigen der Kriminalpolizei das Kreisamt auf, wo durch den Leiter des Kreisamtes der Forderung nach einer "Besichtigung" des Objektes entsprochen wurde. Die Personen verließen gegen 24.00 Uhr das Objekt und äußerten die Absicht, Kontrollposten aufzustellen.</p>	

## Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten

BSU 000006
---------------

6

**AMT FÜR NATIONALE SICHERHEIT**

In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß sich Pfarrer MORGENROT am 4. Dezember 1989 bei der SED-Bezirksleitung Gera darüber beschwerte, daß kein freier Zutritt zu den Kreisämtern [redacted] gegeben sei. Ihm sei vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Herrn de MAIZIERE, versichert worden, daß bei Verdacht der Vernichtung von Akten im Zusammenwirken mit dem Kreisstaatsanwalt in jedem Fall Zutritt zu gewähren ist.

In Jena forderten ca. 100 Personen im Beisein des Kreisstaatsanwaltes den Zutritt zum Heizungsraum des Kreisamtes, wobei u. a. Fotoaufnahmen gefertigt wurden.

- In Weißwasser, Bezirk Cottbus, wurde im Rahmen eines Friedensgebetes der Entschluß gefaßt, die Panzerschränke des Kreisamtes Weißwasser zu versiegeln.

Daraufhin begaben sich im Anschluß an das Friedensgebet der Vorsitzende des Kreisvorstandes der LDPD, ein Mitglied des NEUEN FORUM, die Kreisstaatsanwältin sowie je ein Angehöriger der Kriminal- und der Schutzpolizei zum Kreisamt, wo sie sich gegen 20.00 Uhr Zutritt verschafften und bis zum Verlassen des Objektes um 21.30 Uhr alle Panzerschränke des Kreisamtes versiegelten.

- In Rathenow, Bezirk Potsdam, blockierten seit 8.30 Uhr, mehrfach wechselnd, jeweils 5 Angehörige von [redacted] Bürgerbewegungen den Zugang zum Kreisamt für Nationale Sicherheit. Angehörige des Kreisamtes, von ihnen mitgeführte Aktentaschen sowie die Kofferräume von PKW wurden Kontrollen unterzogen.

- In Parchim, Bezirk Schwerin, wurde in den Abendstunden durch eine Personengruppe von Vertretern verschiedener Bürgerbewegungen, unter ihnen Vertreter des NEUEN FORUM sowie Mitglieder von Koalitionsparteien, in Anwesenheit des Kreisstaatsanwaltes das Kreisamt Parchim [redacted] aufgesucht und das Objekt versiegelt. Es wurde angekündigt, das Kreisamt am 5. Dezember 1989 erneut aufzusuchen.



## Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten

BSTU  
000607 7

**AMT FÜR NATIONALE SICHERHEIT**

- Im Anschluß an eine Demonstration von ca. 3 000 Personen in Wernigerode, Bezirk Magdeburg, begaben sich ca. 30 Personen zum Kreisamt. Fünf Vertreter des NEUEN FORUM, begleitet vom Kreisstaatsanwalt und dem Leiter des VPKA, suchten das Objekt auf und "verhandelten" mit dem Leiter des Kreisamtes. Sie beabsichtigten, Einsicht in Akten zu Personen zu nehmen. Dem Leiter des Kreisamtes wurde mit einer Strafanzeige und damit gedroht, am nächsten Montag ihre Forderungen energischer vorzubringen.

Im Kreisamt Stendal wurde eine Gruppe von Vertretern des NEUEN FORUM vorstellig und forderte Einlaß in das Dienstobjekt, der verweigert wurde.

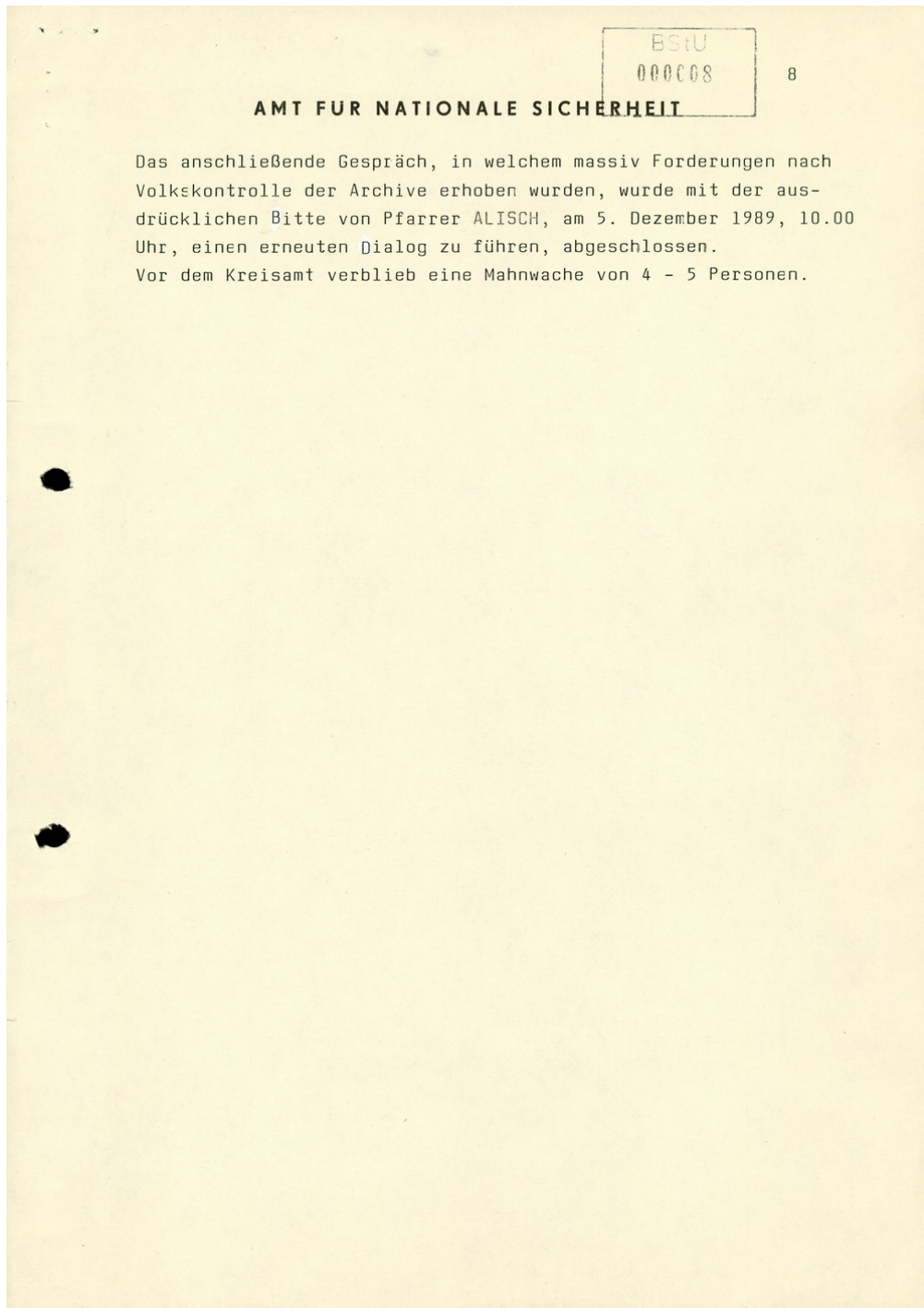
In der weiteren Folge meldete sich eine weibliche Person mit dem Namen LOSCHIAN, Elke als Vertreter des NEUEN FORUM über den öffentlichen Fernsprechanschluß des Kreisamtes und teilte mit, daß das Objekt des Kreisamtes unter "Überwachung" stehe. Das Ziel der Überwachung bestehe darin, einer unabhängigen Kontrollgruppe des NEUEN FORUM Zutritt zum Kreisamt zu verschaffen und dort Zugang zu Sicherheitsakten und Archiven sowie Einsicht in Panzerschränke zu erhalten. Gleichzeitig wurde eine bildliche Darstellung jeglicher Bewegungen angekündigt.

- In Zittau, Bezirk Dresden, erfolgte nach hartnäckigem Drängen durch ca. 35 Personen des NEUEN FORUM, vertreten durch Pfarrer ALISCH, zwischen 21.00 Uhr und 22.00 Uhr im Kreisamt ein Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter, an dem u. a. der Kreisstaatsanwalt teilnahm.

Dem Vertreter des NEUEN FORUM wurde Einsicht in den Befehl des Leiters des Amtes für Nationale Sicherheit zur Einstellung der Vernichtung gegeben. Der Hinweis des stellvertretenden Leiters des Kreisamtes, daß es sich beim Kreisamt um ein militärisches Objekt handelt und eine Sichtung und Kontrolle des Archivmaterials nicht möglich ist, wurde durch den Kreisstaatsanwalt unter Hinweis auf die Zuständigkeit des Militärstaatsanwaltes unterstützt.



## Information über Zutritt von Bürgern zu Dienstobjekten



**Signatur:** BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3815, Bl. 1-8

Blatt 8